

ANTRÄGE

Vizebürgermeisterin Rücker übernimmt um 16.25 Uhr den Vorsitz.

1) Regenwasserproblematik

GR. Mag. **Spath** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Spath**: In den letzten Jahren wurde Graz von starken Regenfällen heimgesucht. Im August 2005 kam es dadurch zu massiven Überschwemmungen im Grazer Stadtgebiet. Dies führte in weiterer Folge zum Sachprogramm „Grazer Bäche - Maßnahmenprogramm 2006“, das vom Grazer Gemeinderat in der Sitzung vom 29. Juni 2006 beschlossen wurde.

In den darauffolgenden Jahren bis heute wurde ein Teil der Grazer Bäche bereits saniert.

Gerade das heurige Frühjahr und die letzte Woche hat uns aber wieder starke Regenfälle beschert und ein niederschlagreicher Sommer wird uns prognostiziert. Kleine Rinnsale werden zu reißenden Flüssen und überfluten Häuser und Siedlungen (z B. Petersbach), oder das Bankett der Straßen kann das Regenwasser nicht mehr aufnehmen und schwemmt den Schotter in Hauseinfahrten und Garagen (z B. Messendorfberg, Purgleitnerstraße).

Auch die nach dem Hochwasser 2005 gesetzten Sofortmaßnahmen, wie zum Beispiel Befestigungen der Uferböschungen, erfüllen schon längst nicht mehr ihren Zweck, sind abgerutscht, liegen im Bachbett und verursachen dadurch eine Stau- und Verklauungsgefahr. Dies führt bei starken Regenfällen in weiterer Folge zu Überschwemmungen der umliegenden Gebiete.

Die Grazer Bevölkerung, im Speziellen jene, die mit ihren Grundstücken und Wohnanlagen an Bäche grenzen, ist beunruhigt und fürchtet bei starken Regenfällen erneute Überschwemmungen.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, den

A n t r a g ,

die Baudirektion und die zuständigen Fachabteilungen mögen beauftragt werden, die Oberflächenwasserproblematik prioritär zu behandeln und nachhaltige Lösungen zu erarbeiten. Weiters sollen Bachbegehungen ganzjährig durchgeführt und die Behebung festgestellter Mängel bei Bedarf mit behördlichem Druck eingefordert werden.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Stv. **Rücker**: Zur Information, damit alle mitbekommen, um welche Diskussion es gegangen ist. Um die Frage, ob man verkürzt vorträgt, und die ÖVP wünscht sich, dass man doch in voller Länge vorträgt. Wer trotzdem sich selbst entscheidet, verkürzt vorzutragen, sei herzlich dazu eingeladen, weil es sind 25 Anträge, wir sind aber jetzt beim zweiten. Bitte Herr GR. Rajakovics.

Da Herr Gemeinderat Rajakovics nicht im Saal ist, nehme ich den Antrag somit schriftlich entgegen.

2) Verkehrsplanung Josef Huber Gasse

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Antrag (schriftlich):

Die Joseph Huber Gasse ist eine wichtige Verbindungsstraße vom Griesplatz in Richtung Gürtel. Sie ist aber auch eine Straße, in der viele Menschen wohnen.

Mir ist klar, dass es in den Stoßzeiten wichtig ist, dass die GVB Busse ungehindert passieren können. Daher bin ich dafür, dass man eine Busspur zwischen Elisabethnergasse und Idlhofgasse einrichtet, auf welcher wochentags zwischen 7.00 und 9.00 und 15.00 bis 19.00 ein Halte- und Parkverbot für freie Fahrt sorgt.

Was allerdings unmöglich ist, dass man den BewohnerInnen durch ein beidseitiges Halteverbot generell nicht einmal mehr die Möglichkeit gibt ein- und auszuladen.

Gerade in einem Bezirk, in dem wir wollen, dass sich Jungfamilien ansiedeln, kann man so mit BewohnerInnen nicht umgehen.

An Samstagen und an Sonntagen fahren kaum Autos in der Josef-Huber-Gasse und trotzdem soll Halten und Parken untersagt sein. Diese Tatsachen sorgen für enormen Unmut in der Bevölkerung. Das unterstreichen 249 Unterschriften, die dem Bürgermeister übergeben wurden mit der dringenden Bitte, die Planungen neu zu überdenken.

Im Namen der Grazer Volkspartei stelle ich daher den

A n t r a g:

Die involvierten Stellen des Magistrat Graz mögen die Verkehrsplanung Josef-Huber-Gasse überdenken und eine Lösung vorschlagen, die ein Halten auf einer der beiden Seiten auch in Zukunft ermöglicht.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Beleuchtung von Spazier- und Laufstrecken

GR. **Pogner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Pogner**: Bei meinem Antrag geht es um die Beleuchtung von Spazier- und Laufstrecken. Viel ist in den letzten Jahren schon passiert, damit die Laufstrecken und die Spazierwege besser ausgestattet werden. Zum Großteil wurde es schon mit Trinkbrunnen gemacht und auch mit Beleuchtung. Aber die Laufstrecken, die ja auch unseren Spaziergängern zur Naherholung dienen, und die damit auch ein Sicherheitsbedürfnis haben, nämlich allejenigen, die diese Laufstrecken benutzen, für die sollte auch das gewährleistet sein, dass es auch in den langen Wintermonaten, wo es schon früh finster wird, dass man dort etwas hat, dass die Leute auch dann spazieren gehen können und sich sicher fühlen können. Damit diese Laufstrecken, die von der Stadt Graz eingeführt wurden, auch genutzt werden können, ist es unbedingt notwendig, dass diese Laufstrecken auch ausreichend beleuchtet werden. Beispiel dafür sind die gekennzeichneten Laufstrecken wie z.B. entlang der Mur oder bei den Eustacchio-Gründen, wo Teile der ausgewiesenen Laufstrecken nicht beleuchtet sind. Da komme ich auch auf einen Antrag von Herrn Kollegen Molnar, den er im März gestellt hat, zurück. Er hat als alternative Lösung die Solarlaternen vorgeschlagen, die eine gute Alternative zu einer elektrischen Beleuchtung darstellen. Ich bitte daher im Namen der ÖVP, diese Laufstrecken ausreichend zu beleuchten.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, dass die von der Stadt gekennzeichneten Spazier- und Laufstrecken (im Speziellen entlang der Mur und bei den Eustacchio-Gründen) zur Gänze mit Beleuchtungskörpern (vorzugsweise mit Solar-Laternen) ausgestattet werden.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Bodenmarkierung Radfahrweg Hauptbrücke - Lendkai

GR. Mag. **Molnar** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Molnar**: Es geht um eine Bodenmarkung am Radfahrweg Hauptbrücke-Lendkai. Auf der Hauptbrücke verläuft ein Radweg Richtung Südtirolerplatz. Am Ende der Hauptbrücke endet der Radweg. Aufgrund fehlender Bodenmarkierungen, die den weiteren Verlauf des Radweges auf der Straße anzeigen, fährt eine Vielzahl von Radfahrern fälschlicherweise auf den nicht als Radweg gewidmeten Gehsteig.

Durch die starke Frequenz von Fußgängern, Eingänge des Kunsthauses und der GVB-Haltestelle Südtirolerplatz kommt es öfters zu Konflikten und gefährlichen Situationen zwischen Fußgängern und Radfahrern.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, entsprechende Bodenmarkierungen anzubringen, um die wie im Motivenbericht dargestellten Gefahrensituationen zu entschärfen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Fahrräderverleihsystem für Graz

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: Vor gut zwei Jahren haben mein Gemeinderatskollege Bernhard Kraxner und ich erstmals eine Initiative für ein öffentliches Fahrräderverleihsystem in Graz gestartet.

Die zuständigen Ämter und auch die Vizebürgermeisterin Lisa Rücker haben sich diesbezüglich einer intensiven Recherche hingegeben. Die stadteigene Werbefirma „der Ankünder“ wurde in die Vorbereitungsarbeiten miteinbezogen. Genauer unter die Lupe wurde das Wiener Modell „Citybike“ und das in Deutschland und Eisenstadt praktizierte „Next-Bike“ genommen. Da das Wiener Projekt über das Wiener Werbeunternehmen „GewistaUrbanMedia“ umgesetzt wird und dieses über eine solche Einrichtung am Grazer Werbekuchen „mitnaschen“ wollte, erscheint diese Variante als nicht effizient für die Stadt Graz.

Es kristallisierte sich aus der praktikablen Umsetzungsmöglichkeit (für Graz in allen Bezirken einen Standort + mehrere in der Innenstadt + Firmen und Hotels) das Modell „Next Bike“ als für Graz geeignet heraus. Kurz beschrieben, es ist so ähnlich wie das in Barcelona.

Statt mit indirekter Werbung finanziert das Leipziger Unternehmen „Next Bike“ den größten Teil der Kosten direkt über Werbung am Fahrradrahmen. Das Unternehmen erspart sich durch die mobilen „Werbeposter mit Pedalen“ die kommunale Konzessionsgebühr bereits in 12 deutschen Städten (Stand September 2007) sowie in zwei Standorten in Österreich.

Die einmalige Registrierung erfolgt telefonisch oder über das Internet. Die Ausleihe und Rückgabe erfolgen ebenfalls per Handy, Telefonzelle oder SMS. Auf der Internetseite wird eine Karte mit den Standorten der Räder zur Verfügung gestellt. Bei Rückgabe nach einer Stunde kostet es nur einen symbolischen Euro, für einen Tag fünf Euro.

Die Fahrräder werden nicht ausschließlich von einer Stadtverwaltung bestellt und aufgestellt, sondern auf Nachfrage von werbewilligen Unternehmen. Das werbende Unternehmen kann zur Kundenbindung Gutscheine an seine Kunden ausgeben.

Da unsere Stadt schon immer als die „Radhauptstadt“ titulierte wurde, sollten wir uns sehr schnell um dieses neue Verkehrsmittel für unsere Stadt annehmen. In vielen Fachforen wird ein solches System auch als Mittel gegen Raddiebstähle gewertet. Ich bin ein gebranntes Kind, mir sind bereits 3 Fahrräder gestohlen worden. Im Vordergrund stehen aber Umweltüberlegungen, die körperliche Ertüchtigung und vor

allem die Vorteile der sanften Mobilität. Eine mögliche „Light-Variante“ nur mit Standorten auf den Unis, FHs und Hotels ist aus unserer Sicht zu kurz gegriffen. Aus meiner Sicht muss wirklich mindestens in jedem Bezirk so ein Standort angesiedelt werden, in der Innenstadt mehrere und darüber hinaus sollte man eben die Unis, Hotels etc. mitorganisieren.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen,

dass die zuständigen Stellen des Magistrats, die Umsetzung eines Fahrradleihsystems für Graz – unter Einbeziehung des stadteigenen Tochterunternehmens „der Ankünder“ – ehestmöglich einleitet.

Bgm. Stvin. **Rücker:** Wir hatten dazu schon viele Diskussionen. Das Modell steht, aber wir sind in einer Situation, wo wir jeden Euro vorher dreimal umdrehen, bevor wir ihn ausgeben und die optimale Lösung ist noch nicht da. Die Finanzierungsfrage ist noch nicht geklärt und wie gesagt, es gibt dringendere Projekte in dieser Stadt, und da muss man schon eine Priorität setzen und deswegen darf das nicht im Verhältnis zu anderen Projekten zu teuer werden. Es muss wirklich gut argumentierbar sein.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Toiletteanlage am Kinderspielplatz „Junges Europa“

GRin. **Gesek** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Gesek**: Voriges Jahr im März wurde der Spielplatz „Junges Europa“ nach der Umgestaltung feierlich wiedereröffnet. Seitens der Verantwortlichen der Stadt Graz wurde seither immer wieder das Aufstellen einer Toiletteanlage zugesagt, doch bis heute ist dort noch keine vorhanden. Derzeit verrichten Kinder und auch Erwachsene ihre Notdurft am Areal des Spielplatzes, was gerade in der wärmeren Jahreszeit unhygienisch und gesundheitsgefährdend ist.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g

auf Errichtung einer Toiletteanlage am Spielplatz „Junges Europa“ zum ehestmöglichen Zeitpunkt.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Zusätzliche Straßenbahnhaltestelle in der Münzgrabenstraße

GR. **Eichberger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Eichberger**: Ich werde mir den inhaltlichen Teil meines Antrages ersparen, aber muss schon mit Verwunderung feststellen, dass anscheinend in der ÖVP-Fraktion anscheinend gewaltige personelle Veränderungen vor der Tür stehen. Denn wenn der stellvertretende Klubobmann sagt, er will seinen Kollegen der ÖVP-Fraktion noch

vor dem Sommer ausreichend Möglichkeit geben, sich hier zu präsentieren, dürfte da einiges im Busch sein. Aber wie gesagt, das ist ja nicht unsere Angelegenheit.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Du willst scheinbar Klubobmann werden.

GR. **Eichberger:** Zu meinem Antrag, es geht um eine zusätzliche Straßenbahnhaltestelle in der Münzgrabenstraße.

Namens des SPÖ-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g

auf Errichtung einer zusätzlichen Straßenbahnhaltestelle in der Münzgrabenstraße auf Höhe der Münzgrabenkirche. Interessierte, warum, weshalb das notwendig ist, lade ich gerne ein, ich sitze in der vierten Reihe und ihr könnt zu mir kommen. Danke.

Bgm. Stvin. **Rücker:** Dieser Antrag wurde ja vom Bezirksrat gestellt und auch beantwortet, wenn ich mich richtig entsinne.

Zwischenruf GR. Eichberger: Das steht auch im Text.

Bgm. Stvin. **Rücker:** Und inhaltlich bin ich ja voll dafür, aber wir haben es planerisch prüfen lassen, es ginge nur auf einer Seite. Auf der anderen Seite nicht ...

Zwischenruf GR. Eichberger: Es kostet etwas, aber es geht.

Bgm. Stvin. **Rücker:** Wir müssten die ganze Straße, die erst schienenmäßig saniert wurde, wieder aufreißen und die Schienen noch einmal herausnehmen, das ist derzeit ...

Zwischenruf GR. Eichberger: Es ist aufwendig in diesem Bereich ...

Bgm. Stvin. **Rücker:** Das stimmt, es ist zu aufwendig im Verhältnis dafür, dass wir da vor kurzem erst die Schienen neu verlegt haben. Das ist die Entscheidung, die wir getroffen haben. Die Idee ist gut, keine Frage, aber nicht umsetzbar in Zeiten wie diesen.

8) Auftragsvergabe auch nach sozialen Kriterien

GR. **Herper** stellt folgenden Antrag:

GR. **Herper:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Stadt Graz vergibt jährlich Aufträge in Millionenhöhe und zwar in den verschiedensten Bereichen und Größenordnungen: von baulichen Großprojekten bis hin zum Catering bei Veranstaltungen. Die derzeitigen europäischen Vergaberichtlinien und auch das nationale Recht – wie auch die Vergabep Praxis der Stadt Graz - stellen im Wesentlichen auf rein betriebswirtschaftliche Kriterien ab. Aufgrund von höheren Personalkosten haben Unternehmen, die im sozialökonomischen Bereich tätig sind, oft nicht einmal ansatzweise die Chance, den

Zuschlag bei einer Auftragsvergabe zu bekommen, da letztlich der Kostenpunkt des jeweiligen Anbots das Hauptkriterium bei der Entscheidung ist. Daraus resultiert, dass Betriebe, die zum Beispiel vorwiegend ältere ArbeitnehmerInnen beschäftigen oder gemeinsam mit dem AMS versuchen, Personen wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern, im Gegensatz zu Unternehmen, die sich rein an betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten orientieren, bei der Auftragsvergabe oft nicht mithalten können.

Deshalb stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen im Magistrat mögen prüfen, inwiefern eine Auftragsvergabe auch nach sozialen Kriterien im Rahmen der bestehenden rechtlichen Vorgaben für Aufträge bzw. Vergaben aller Wertgrenzen innerhalb der Stadt Graz möglich ist und einen diesbezüglichen Informationsbericht dem Gemeinderat bis zur Sitzung im Oktober 2009 vorlegen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Installierung einer Vertretung der Stadt Graz im Aufsichtsrat der FH Joanneum GmbH

GR. **Baumann** stellt folgenden Antrag:

GR. **Baumann**: Sehr geehrte Damen und Herren. Ein ganz anderes Gebiet, wo ich einen Antrag an den Gemeinderat stelle. Es geht in diesem Fall um die Installierung einer Vertretung der Stadt Graz im Aufsichtsrat der FH Joanneum GmbH. Die Stadt Graz ist zu Recht stolz auf ihre vielen Bildungseinrichtungen, seien es die Schulen,

Universitäten, private Bildungseinrichtungen wie Wifi, Campus 02, BIT, BFI etc. und auch die Fachhochschule Joanneum. Schon lange wird Bildung als wesentliche Voraussetzung für eine auch in Zukunft erfolgreiche Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung genannt und gerade in Zeiten wie diesen verstärkt sich die Bedeutung von Bildung. Daher liegt es im ureigensten Interesse der Stadt Graz, die bestehenden Bildungseinrichtungen zu erhalten und auszubauen.

Schon einmal wurde seitens der Landesregierung ernsthaft darüber diskutiert, ob die Grazer Studiengänge der FH Joanneum nicht an einem anderen Standort angesiedelt werden sollten.

Im Land Steiermark fungiert die FH Joanneum Gesellschaft mbH als Trägerorganisation der FH Joanneum. Gegenstand des Unternehmens ist die Erhaltung von Fachhochschul-Studiengängen. Mehrheitsgesellschafter dieser GmbH ist das Land Steiermark. Weitere GesellschafterInnen bzw. EigentümerInnen sind die Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH. und die Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH.

Seit Mai 2002 hat die FH Joanneum Gesellschaft mbH. einen Aufsichtsrat, der seine Tätigkeit nach den Vorschriften des Gesetzes über Gesellschaften mit beschränkter Haftung entsprechend den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und auf Basis von Beschlüssen der GesellschafterInnen ausübt. Leider ist die Stadt Graz in diesem Gremium nicht vertreten.

Die Stadt Graz leistete und leistet beträchtliche finanzielle Beiträge für die Gebäude der in Graz befindlichen Studiengänge der FH Joanneum.

Auch in dieser Gemeinderatssitzung wird ein Stück (TOP 26) beschlossen, in dem die Stadt Graz die Mietkosten für das Prüffeld der FH Joanneum in der Alten-Post-Straße übernimmt. Dies macht die Stadt Graz auch, um die Standortsicherheit für diese Bildungseinrichtung zu erhöhen.

Die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit der FH wird durch den fachlichen Austausch mit den anderen Bildungseinrichtungen der Stadt Graz, insbesondere mit den Universitäten, gefördert. Es besteht ein ureigenstes Interesse der Stadt Graz und des Landes Steiermark an der Akademisierung und Fachhochschulwerdung der FH Joanneum.

Für die Stadt Graz ist dies zur weiteren Aufwertung des Bildungsstandortes relevant, für das Land Steiermark muss dies im Gesamtzusammenhang aller Aktivitäten unter dem Markennamen *Joanneum* von Bedeutung sein.

Die Standortsicherheit für die derzeitigen und neu einzurichtende Studiengänge in Graz, die zur Vielfalt des Bildungsangebotes in der Stadt beiträgt, kann nur sichergestellt werden, wenn die Stadt Graz im AR vertreten ist. Zwar gibt es bereits eine FH Standort Graz GmbH, in der die Stadt im AR vertreten ist, jedoch hat diese keinen Einfluss auf die inhaltlichen und organisatorischen Entscheidungen der FH Joanneum GmbH.

Auch auf Grund der finanziellen Unterstützungen durch die Stadt Graz ist es legitim, dass die Stadt im Aufsichtsrat der tatsächlich operativ tätigen FH Joanneum GmbH vertreten ist.

Im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

die zuständigen Stellen, insbesondere die politischen ReferentInnen, werden ersucht, mit den im Motivenbericht genannten sowie weiteren passenden Argumenten mit den VertreterInnen des Landes Steiermark und der anderen GesellschafterInnen zu verhandeln, damit die Stadt Graz für die Zukunft einen fixen, in der Satzung bzw. im Gesellschaftsvertrag festgelegten Sitz im Aufsichtsrat der FH Joanneum GmbH erhält.

Bei Bedarf sollte im Rahmen weiterer finanzieller Zuschüsse der Stadt Graz an die FH ein Anteil an der FH Joanneum GmbH erworben werden.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

GR. **Baumann:** Für den Kollegen Korschelt, jetzt ist er nicht da, hätte ich eine Broschüre, die sich nennt „Gemeinsam aktiv für Essen“ vom Polizeipräsidium. So ungefähr stellen wir uns Kooperation mit der Polizei vor. Ich lege es ihm auf seinen Platz.

10) Evaluierung der Umsetzung des Projekts Gentechnikfreie Zone Graz

GRin. **Jahn** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Jahn:** Im Antrag geht es um die Evaluierung der Umsetzung des Projektes Gentechnikfreie Zone Graz. Bereits im Jahr 2006 ist die Stadt mit der Landwirtschaftskammer, Bauernbund, Bio-Verbänden und anderen Interessensvertretern überein gekommen, dass Graz zu einer „Gentechnikfreien Zone“ werden soll. Dies vor allem in dem Zusammenhang, dass Graz die größte landwirtschaftliche Gemeinde innerhalb der Steiermark ist, mit über 340 landwirtschaftlichen Betrieben im Grazer Stadtgebiet. Damals ging es vor allem um die Themen und Ziele im Bereich KonsumentInnenenschutz. Schutz der konventionellen und biologischen Landwirtschaften, auch um die Vorbildwirkung, eben weil Graz die größte landwirtschaftliche Gemeinde der Steiermark ist, und man hat sich dann auf einige Punkte geeinigt, die sozusagen übergreifend aus den verschiedenen Ressorts zu diesem Thema angegangen werden sollen. Dass die Städtischen Flächen nicht mit gentechnisch veränderten Organismen bewirtschaftet werden sollen, dass Gespräche aufgenommen werden sollen mit den LandwirtInnen dahingehend, dass sie auf den Anbau genetisch veränderter Pflanzen verzichten sollen. Auch schwerpunktmäßige Kontrollen der Kennzeichnungspflicht im Handel waren hier vorgesehen, aber auch Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsarbeit in diesem Sinne. Gleichzeitig auch noch, dass bei Neuverpachtung von landwirtschaftlichen Flächen und bei der Verlängerung von bestehenden Pachtverträgen auch die PächterInnen einverstanden sein müssen, dass sie eben keine GVOs auf diesen Flächen verwenden. Es ist schon einige Zeit vergangen, seit wir das hier herinnen beschlossen haben. Da ich damals auch schon im Gemeinderat war und kurz davor auch in diesem Zusammenhang einen dringlichen Antrag diesbezüglich gestellt habe, ist mir das Thema und uns als Grünen auch sehr

wichtig und ich muss leider sagen, es war seit der damaligen Beschlussfassung nie mehr wieder Thema hier herinnen, was ich sehr bedauerlich finde.

Gerade auch im Hinblick auf die Risiken, die mit GVOs verbunden sind, denke ich, ist es höchst an der Zeit, das wir uns der Evaluierung der geplanten Maßnahmen, die damals fixiert wurden, annehmen.

Daher stelle ich im Namen der Grünen den

A n t r a g ,

die zuständigen Stellen (Gesundheitsamt, Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung, Sozialamt und Liegenschaftsverkehr) werden beauftragt, die Ergebnisse des Grundsatzbeschlusses Gentechnikfreie Zone Graz vom Juni 2006 im Sinne des Motivenberichts zu evaluieren. Über die Ergebnisse hierzu ist im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus spätestens bis November 2009 zu berichten.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Kassenverträge für Hautärzte und Orthopäden

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Ich möchte schon einmal ein paar Dinge anmerken. Ich finde es ein wenig seltsam, wenn wir uns gemeinsam etwas ausmachen, dass wir uns dann bei der nächsten Sitzung auch sicher sein können, dass das Ausgemachte nicht mehr gilt.

Vor Monaten haben wir gesagt, wir machen nur noch zwei dringliche Anträge. Fast alle Parteien haben dieses Abkommen untereinander schon irgendwann einmal übersehen. Dann haben wir gesagt, dass es Anträge geben soll, die nur noch kurz

verlesen werden, nur weil der Herr Bürgermeister jetzt weg musste, anscheinend wird auch diese Absicht wieder unterlaufen.

Bgm. Stvin. **Rücker**: Wir haben das jedes Mal hier herinnen vereinbart. Ob die Anträge verkürzt dargestellt werden oder nicht.

GR. **Fabisch**: Gut, ich halte mich trotzdem daran, was an und für sich schon in unseren Köpfen verankert ist. Mein Antrag wird sehr kurz sein.

Die Grazer und Grazerinnen wünschen sich mehr Fachärzte in Orthopädie und Dermatologie, die einen Vertrag mit der GKK innehaben.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz tritt an die Gebietskrankenkasse heran, um dem Wunsch nach mehr Kassastellen in den beiden Fächern Nachdruck zu verleihen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Budgetäre Überbrückungslösung in der Höhe von Euro 20.000 für die Spielmobile

GRin. **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Taberhofer:** Die Grazer Spielmobile, die sich aus Aktion Spielbus, Wiki, Fratz Graz, Kispibu, Waspibu, Jakotopia und Blasio zusammensetzen, leisten eine wichtige Aufgabe in unserer Stadt, indem sie Spieleinsätze im erlebnispädagogischen Bereich wie z. B. in Siedlungen, auf öffentlichen Plätzen oder in Schulhöfen durchführen. Sie bieten damit eine interessante Alternative zur konsumorientierten Freizeitindustrie für Kinder im Alter von 5 bis 14 Jahren insbesondere auch aus sozial schwachen Familien und ermöglichen durch ihren unermüdlichen Einsatz vor allem auch, dass die Kinder Ferienerlebnisse und Freizeitspaß in ihrem unmittelbaren Umfeld genießen können. Vor allem auch in Hinblick auf die Gemeinwesenarbeit lässt sich hervorheben, dass jede zusätzliche Maßnahme ein Beitrag dafür ist, dass den Kindern in unserer Stadt in spielerischer Form wertschätzender und toleranter Umgang nähergebracht wird, Werthaltungen also, die für ein friedliches und interkulturelles Miteinander grundlegend sind. Über die Spielpädagogik hinaus leistet die ARGE Spielmobile Graz auch wertvolle Arbeit im sozialpädagogischen Bereich. Während die Budgetierung der Spieleinsätze in gleicher Höhe wie bisher vorgesehen ist, fällt die Finanzierung der geplanten sozialpädagogischen Aktivitäten für das Jahr 2009 gänzlich aus. Da die Grazer Spielmobile diesen finanziellen Aufwand weder aus Eigenmitteln tragen noch aus Mitteln der Jugendwohlfahrt oder aus einer Kooperation mit dem Landesjugendreferat Steiermark sicherstellen können, ist ein Qualitätsverlust ihrer pädagogischen Arbeit zu befürchten, wenn nicht die Stadt vorübergehend eine Lösung findet.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Es sollen Möglichkeiten geprüft werden, der ARGE Spielmobile Graz eine budgetäre Überbrückungshilfe in der Höhe von Euro 20.000 für das laufende Jahr zu gewähren.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Theodor-Körner-Straße / Haltestelle Carnerigasse - Einrichtung einer 30er Zone sowie Errichtung einer Druckknopfampel

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

GR. **Sikora**: Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. Mein Antrag betrifft die Einrichtung einer 30er-Zone sowie die Errichtung einer Druckknopfampel in der Thodor-Körner-Straße, Haltestelle Carnerigasse. Die Haltestelle Carnerigasse liegt vis a vis des BRG Carneri.

Die Situation dort ist so, dass im Kreuzungsbereich ein Zebrastreifen für ca. 600 SchülerInnen vorhanden ist, die täglich diesen Fußgängerübergang frequentieren. Auf diesem Fußgängerübergang, der sehr schwer einsehbar ist, passierten schon mehrere Unfälle. Im Jahr 2007, im Dezember sogar ein Unfall am Zebrastreifen. Da ist ein Schüler tödlich verletzt worden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats und die Verkehrsreferentin werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe eine rasche und dringende Einrichtung einer 30er-Zone sowie die Errichtung einer Druckknopfampel in der Theodor Körner Strasse/Haltestelle Carnerigasse zu prüfen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Einführung eines Sicherheitsstadtrates in Graz

GR. **Sippel** stellt folgenden Antrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich werde Ihnen die Leseübungen a la ÖVP und Grüne ersparen und komme zum Wesentlichen.

Namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich nachstehenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen und Ämter des Grazer Magistrates werden ersucht, die rechtliche Möglichkeit der Einsetzung eines Sicherheitsstadtrates zu überprüfen, dessen Aufgaben vorerst die regelmäßige Kontaktaufnahme mit den Sicherheitsbehörden in Hinblick auf konkrete Sicherheitsanliegen unserer Stadt sein sollte.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Hinweisschilder zu Grazer Kulturstätten

GR. **Hötzl** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Auch ich werde es kurz machen. Ich habe zwei Anträge, ich beginne einmal mit den Hinweisschildern in der Innenstadt zu Sehenswürdigkeiten und Kulturstätten.

A n t r a g :

Die zuständigen Ämter der Stadt Graz werden beauftragt, eine Evaluierung der vorhandenen Beschilderung im Sinne des Motivenberichtes vornehmen zu lassen, eine entsprechende Verbesserung und Nachrüstung zu prüfen und in der Folge die notwendigen Schritte zur Durchführung vorzunehmen.

Bgm. Stvin. **Rücker**: Ich möchte gerne kurz eine aktuelle Information dazu geben, weil es aktuelle Maßnahmen gibt. Es hat die Firma Kastner & Öhler sich selbst dazu bekannt, das zu unternehmen. Wir haben das dann gemeinsam mit dem Straßenamt abgeklärt und die Einladung an die Firma Apcoa steht, sich daran zu beteiligen mit den eigenen Ankündigungen, das ist bis jetzt nicht angenommen worden. Wir versuchen, dieses Gespräch weiter zu führen, aber es wird ein Parkleitsystem für die Innenstadtgaragen, für die die sich beteiligen, geben.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Hinweisschilder zu Parkgaragen in der Innenstadt

GR. **Hötzl** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hötzl**: Dann darf ich gleich meinen zweiten Antrag vorbringen, auf den Sie im Voraus schon repliziert haben. Weil in meinem ersten Antrag ging es um Hinweisschilder zu Kulturstätten und Sehenswürdigkeiten, also Schloßberg usw. nicht Parkgaragen, aber kommen wir zu den Parkgaragen.

Eine Beschilderung von Parkgaragen in der Innenstadt, nach dem Vorbild beispielsweise von Salzburg, wo eben steht, Parkgarage z.B. Innenstadt, wo auch dabei steht, 120 Parkplätze frei, beispielsweise, auch so etwas ist meine Intention, in Graz zu installieren.

Ich stelle daher namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs nachstehenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Ämter werden beauftragt zu prüfen, ob und inwieweit die Möglichkeit besteht, im Grazer Stadtgebiet Hinweistafeln aufzustellen, die den Parkplatzsuchenden als Wegweiser zu Grazer Tiefgaragen dienen sollen und in weiterer Folge deren Realisierung durchzuführen bzw. durchführen zu lassen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Schaufenster und Auslagen in der Innenstadt

GRin. **Benedik** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Bei meinem Antrag geht es um die Schaufenster und Auslagen in der Innenstadt. Ich mache es ebenfalls ganz kurz und lese nur den Antragstext vor:

Der Gemeinderat wolle beschließen: Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, einen Schaufensterwettbewerb zu initiieren und vor allem die Eigentümer und Besitzer leer stehender Geschäftslokale zur Teilnahme einzuladen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

18) Ausbesserungsarbeiten diverser Schlaglöcher am Neufeldweg

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schröck**: Ich möchte mich kurz halten, der erste Antrag betrifft Ausbesserungsarbeiten diverser Schlaglöcher am Neufeldweg.

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Die zuständige Verkehrsreferentin und Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert, die Straßenverhältnisse am Neufeldweg zu überprüfen und dementsprechende Ausbesserungsarbeiten in Auftrag zu geben.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

19) Fahrverbot (ausgenommen Anrainer und landwirtschaftliche Fuhren) am Mantscha-Waldweg

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schröck**: Der nächste Antrag behandelt das Thema eines Fahrverbots mit der Ausnahme von Anrainern und landwirtschaftlichen Fuhren am Mantscha-Waldweg.

Ich stelle auch hier den

A n t r a g :

Die zuständige Verkehrsreferentin, Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert zu überprüfen, ob am Mantscha-Waldweg im Streckenabschnitt Graz ein Fahrverbot ausgenommen für Anrainer und landwirtschaftliche Fuhren verhängt werden kann.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

20) Forderungen der Initiatoren der Kunstmeile Graz an die Bürgermeisterstellvertreterin

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schröck**: Der nächste Antrag betrifft die Forderungen der Initiatoren der Kunstmeile Graz an die Bürgermeisterstellvertreterin.

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die zuständige Verkehrsreferentin, Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert die folgenden Punkte zu überprüfen und gegebenenfalls zur Umsetzung zu bringen.

1. Die Beleuchtung in der Sackstraße ist aus Sicherheitsgründen auszubauen und zu intensivieren.
2. Die Ampelschaltung längs der Mur parallel zur Sackstraße ist autofahrerfreundlicher zu gestalten, um die mittlerweile täglichen Staus zu verhindern.
3. Die Errichtung eines Trinkwasserbrunnens am Schloßbergplatz.
4. Die Einführung einer Ladetätigkeitszone von mindestens fünf Plätzen beim Edegger-Steg vor dem Admonterhaus.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

21) Verkürzung der Ladetätigkeit in der Innenstadt auf 10.00 Uhr

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schröck**: Der nächste Antrag betrifft das leidige Thema der Verkürzung der Ladetätigkeit in der Innenstadt auf 10 Uhr. Ich habe auch in der letzten Gemeinderatssitzung einen dementsprechenden dringlichen Antrag eingebracht, der aber leider mit Mehrheit abgelehnt wurde. Aufgrund der mittlerweile noch massiveren Proteste der Innenstadtkaufleute und der Wirtschaftskammer möchte ich aber hier noch einmal dringend an die ÖVP appellieren, zu ihren ursprünglichen Anliegen zurückzukehren und die Wirtschaftstreibenden dieser Stadt nicht mit unüberlegten und überhasteten Entscheidungen zu geißeln.

Ich stelle in diesem Zusammenhang folgenden

A n t r a g :

1. Frau Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker wird aufgefordert, die bestehenden Regelungen über die Zufahrt und Ladedauer in der Grazer Innenstadt von 10 auf 11 Uhr zu erhöhen.
2. Herr Bürgermeister Mag. Nagl und Frau Bgm.-Stv. Rücker werden ersucht, mit den zuständigen Stellen der Exekutive in Kontakt zu treten, um auf den erhöhten Bedarf an Polizeipräsenz in der Innenstadt im relevanten Zeitraum aufmerksam zu machen.
3. Herr Bürgermeister Mag. Nagl wird ersucht, die Ordnungswache anzuweisen, die Einhaltung der bestehenden Bestimmungen über Zufahrtsgenehmigungen in Verbindung mit der Ladedauer in der Grazer Innenstadt zu überwachen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

22) Durchsage der Linienbezeichnung öffentlicher Verkehrsmittel zur Erleichterung sehbehinderter Menschen

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schröck**: Dieser Antrag ist mir ein besonderes Anliegen. Die Stadt Graz nimmt in Österreich durchaus eine Vorreiterrolle für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ein und auch die Grazer Verkehrsbetriebe bemühen sich redlich, Barrieren, die beeinträchtigte Menschen immer noch vorfinden, so gut als möglich zu beseitigen. Aber vor allem sehbehinderte Menschen sind bei der Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel noch vielen Hindernissen ausgesetzt. Eine eklatante Schwierigkeit stellt für viele sehbehinderte und blinde Menschen an Haltestellen von Straßenbahnen und Bussen dar, die von verschiedenen Linien angefahren werden. So ist es für die Betroffenen oft nicht möglich, an Haltestellen, in die gerade mehrere Bahnen oder Busse verschiedener Linien eingefahren sind, zu erkennen, welches nun das Fahrzeug ist, welches sie für ihre weitere Fortbewegung benötigen. Ich spreche hier heute nicht von diesen Haltestellen, die schon mit entsprechenden Noppen ausgezeichnet wurden, sondern von anderen, wo dieses noch nicht der Fall ist. Um blinden und sehbehinderten Menschen ein Maximum an Selbstbestimmtheit zu gewährleisten und sie nicht von der Hilfe anderer Menschen abhängig zu machen, ist es notwendig, diese Bahnen oder Busse an den betreffenden Haltestellen via Lautsprecher aus dem Fahrzeug erkennbar zu machen. Das könnte durch die Chauffeurin oder den Chauffeur selbst oder einen vorbereiteten Text z.B. „Linie 1, 3, 6 fährt ein“ erfolgen. Durch geringen Aufwand und wenig Kosten könnte so ein weiterer wichtiger Schritt für ein barrierefreies Graz gemacht werden und ein positives und wichtiges Signal für behinderte Menschen gesetzt werden, welches auch Menschen ohne körperliche Beeinträchtigung für diese Thematik sensibilisieren könnte.

Deshalb stelle ich folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen, der Eigentümerversorger der Graz AG, StR. Univ. Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher, wird aufgefordert, mit dem Vorstand der Graz AG bzw. der GVB Kontakt aufzunehmen und die Möglichkeit des im Motivenbericht geschilderten Aufrufens der Linienbezeichnung bei entsprechenden Haltestellen zu prüfen und zu veranlassen.

Bgm. Stvin. **Rüscher**: Meines Wissens, ich weiß nicht, ob es immer 100-%ig funktioniert, aber meines Wissens ist es so, dass blinde Menschen auf Grund des Grazer Ts, also der Möglichkeit, sich wirklich beim Eingangsbereich aufzustellen, wenn sie dort stehen, macht die Chauffeurin oder der Chauffeur auf und sagt dann die Liniennummer hinaus. Das ist die Praxis in Graz, die vielleicht nicht immer funktioniert. Von dem her ist die Idee prinzipiell gut, aber teilweise wird sie sicher umgesetzt. Bei mehreren Linien, stimmt, ist das schwieriger. Wir werden das überprüfen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

23) Errichtung eines Radarkastens stadtein- und auswärts auf der Höhe der Weizer Bundesstraße 445, 8044 Graz-Mariatrost sowie Versetzen des Ortsende-von-Graz-Schildes an die Gemeindegrenze

GR. **Mariacher** stellt folgenden Antrag:

GR. **Mariacher**: Sehr geehrte Damen und Herren, es geht hier um eine verkehrstechnisch gefährliche Situation auf der Höhe der Weizer Bundesstraße 445, im Bezirk Mariatrost. Wo beim Abbiegen stadtauswärts die 50-km/h-Begrenzung nicht mehr besteht, und wo wir uns auch außerhalb des Stadtgebietes, zumindest

der Ortstafel der Stadt Graz, befinden. Das ist ein enormes Problem, nicht nur lärmtechnisch für die Anwohner dort, sondern nachdem wir uns hier im Überlandbereich befinden, eine besondere Problematik.

Ich stelle ganz kurz den

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen: Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert zu überprüfen, ob die Errichtung eines Radarkastens sowie ein Überholverbot auf Höhe der Weizer Bundesstraße 455, 8044 Graz-Mariatrost, möglich ist und dies einer positiven Erledigung zuzuführen. Wir würden uns sehr freuen, seitens des BZÖ und seitens der Mariatroster. Danke.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

24) Verhinderung des Bauvorhabens Rosenbergasse

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat. Im Antrag geht es einmal mehr um das, was Gemeinderat Schröck schon in seiner Anfrage thematisiert hat. Nämlich um die Verhinderung des Bauvorhabens in der Rosenbergasse. Zu den Äußerungen des Bürgermeisters ist noch etwas zu sagen. Dieser 80 Meter breite, geplante Querbau entspricht in keinster Weise jenen Bebauungsplänen, die bereits seit 30 Jahren in diesem Gebiet vorliegend sind. Wenn man sich die klimatologischen Gutachten ansieht dieses Projektes, dann wurde nicht ohne Grund aufgrund der Frischluftzufuhr, die nach Graz kommt, die einzelnen Häuser quer dem abschüssigen Hang gebaut. Um gerade in einer Stadt mit dem höchsten Feinstaubproblem österreichweit, wie es Graz ist, auch in Zukunft zu gewährleisten, dass Graz nicht im Rahmen der Frischluftzufuhr in eine gesundheitsbedenkliche

klimatische Situation kommt. Daher ist unsere Initiative gegen dieses Bauvorhaben richtig und entspricht auch jenen tausenden von Unterstützerinnen und Unterstützern dieser Interessensgemeinschaft „Lebenswertes Geidorf“, die sich hier zusammengetan haben und mit renommierten Gutachten auch versuchen, dieses Bauwerk, diese Planung, wie sie derzeit vorliegt, auch zu bekämpfen. Ich ersuche daher, durchwegs auch unabhängig von diesem Antrag, den wir einbringen, um Unterstützung aller anderen Fraktionen, heute ein Antrag gem. § 17 der Geschäftsordnung und darf durchaus auch die Fraktion der Grünen, aber auch der Sozialdemokraten hier einladen, die KPÖ selbstverständlich auch, hier gemeinsam initiativ zu werden, denn das was hier über die Köpfe der Anrainer hinweggeplant wird, ist nicht unterstützenswert und entspricht auch keinstenfalls jenen Regelungen, die bereits seit Jahren in diesem Bereich getroffen wurden.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher folgenden

A n t r a g :

Die Stadtregierung wird aufgefordert, die Pläne der Bebauung der Liegenschaft abermals hinsichtlich Denkmalschutz, Klimaschutz sowie räumliches Leitbild zu überprüfen und den derzeitigen Planungsstand im Interesse der IG „Lebenswertes Geidorf“ zu verhindern.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

25) Hundewiese in der Starhemberggasse

GR. **Grosz** stellt folgenden Antrag:

GR. **Grosz**: Seit dem ich mich förmlich im Ausgedingestüberl befinde und eigentlich nur mehr einfacher Gemeinderat bin, habe ich leider den Überblick über das

Gesamtgeschehen verloren, aber dafür haben wir einen guten Fraktionsvorsitzenden und seinen Stellvertreter, die heute ja durchaus eine gute Rolle gespielt haben.

Ich darf zum nächsten Antrag kommen, betreffend eine Hundewiese in der Starhembergasse. Hunde brauchen Freiräume. Nicht zuletzt unter Zuziehung der von Steuergeld produzierten Broschüre des Herrn Bürgermeisters „Wuff“ stellt das ja auch fest. Anrainer haben sich an uns gewandt, dass auch im Bereich der Hochhäuser der Starhembergasse keine entsprechende Hundewiese vorhanden ist und sehr viele Anrainerinnen und Anrainer ihre Vierbeiner, manchmal auch die einzigen Lebensbegleiter, die man in einer Stadt noch hat, in den Norden von Graz zum volkstümlichen Äußerln führen müssen, was mit erheblichen Kosten und Aufwendungen verbunden ist. Daher unser

A n t r a g :

Die Stadtregierung wird aufgefordert, die Errichtung einer Hundewiese in der Starhembergasse zu prüfen und diese in die Wege zu leiten.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.